

25. 1. Kann der Gläubiger einer Darlehenshypothek wegen der starken Entwertung des deutschen Papiergeldes die Aufwertung seiner Hypothekensforderung beanspruchen, insbesondere die Erteilung der Losungsbewilligung und die Herausgabe des Hypothekenbriefs verweigern, wenn ihm nur der Nennwert seiner Forderung in Papiergeld angeboten wird?

2. Waren im ehemaligen Schutzgebiete Deutsch-Südwestafrika die Reichsbanknoten und die Reichsschenscheine gesetzliche Zahlungsmittel?

V. Zivilsenat. Urte. v. 28. November 1923 i. S. St. (Wek.) w. R. (R.).
V 31/23.

I. Landgericht I Berlin. — II. Kammergericht daselbst.

Der Kläger ist Eigentümer eines im Grundbuche des vormaligen deutschen Bezirksgerichts von Luberikbucht eingetragenen Grundstücks, der Beklagte ist seit dem Jahre 1913 als Gläubiger einer auf diesem vermerten Hypothek von 13000 M eingetragenen. Die Forderung ist am 1. April 1920 fällig geworden. Der Kläger hatte dem Beklagten für Hauptforderung und rückständige Zinsen einen Betrag von 18980 M durch eine Bank überwiesen. Er begehrt deshalb die Verurteilung des Beklagten zur Herausgabe des Hypothekenbriefs und zur Losungsbewilligung. Der Beklagte verweigerte diese, da die Schuld in der im früheren deutschen Schutzgebiete Südwestafrika geltend gewesenen Hartgeldwahrung oder in entsprechenden Kurswerten zu entrichten sei. Das Landgericht gab der Klage statt, das Kammergericht wies die Berufung des Beklagten zurück. Seine Revision hatte Erfolg.

Gründe:

Die angefochtene Entscheidung wird durch die ihr vom Kammergericht gegebene Begründung nicht getragen und kann nicht aufrecht erhalten bleiben. Das Kammergericht geht davon aus, daß mangels einer ausdrücklichen Vereinbarung nach der Natur der Sache und dem zu vermutenden vernünftigen Willen der Parteien für das unter deutschen Reichsangehorigen in Berlin begründete Darlehen und die Bestellung der Hypothek mit dem im damaligen deutschen Schutzgebiete Südwestafrika belegenen Grundstück ein anderes als das deutsche Recht, insbesondere englisches Recht, nicht in Frage komme, sowie daß nicht ein besonderes deutsches Kolonialrecht, sondern deutsches Inlandsrecht zur Anwendung zu gelangen habe. Der Belegenheit des Pfandgrundstucks könne keine für die Rechtsbeziehungen der Parteien maßgebende

Bedeutung beigelegt, demnach nicht als Wille der Parteien unterstellt werden, sich dem am Ort des Pfandgrundstucks geltenden Rechte schlechthin zu unterwerfen. Denn das Schicksal der Hypothek hänge grundsätzlich von dem Bestande der persönlichen Forderung ab, die Pfandsicherung habe nur einen akzessorischen Charakter. Vorliegendenfalls habe aber zur Zeit der Hingabe des der Hypothek zugrunde liegenden Darlehens keiner der Vertragsteile seinen Wohnsitz im Schutzgebiete gehabt; vielmehr hätte der Kläger den seinigen nach Berlin zurückverlegt gehabt, und auch für den Beklagten sei Berlin einer der Mittelpunkte seiner weitverzweigten geschäftlichen Beziehungen gewesen. Im übrigen liege auch nicht der geringste Grund vor für die Annahme, daß die Parteien als Ort der Rückzahlung bei der Begründung der Forderung Luberzucht in Aussicht genommen hätten; die Umstände des Falles sprächen vielmehr für ihre Vorstellung, daß die Schuld in Berlin beglichen werden würde. Danach sei die Annahme des Beklagten abzulehnen, daß der Wille der Parteien dahin gegangen sei, für die Frage, in welcher Währung die Rückzahlung zu erfolgen habe, die besonderen Wahrungsgesetze des Schutzgebiets Südwestafrika zur Anwendung kommen zu lassen. Die Entscheidung habe vielmehr nach dem für das engere Reichsgebiet maßgebenden materiellen Rechte zu erfolgen. Erfüllungsort sei danach Berlin als Wohnsitz des Schuldners bei Begründung des Schuldverhältnisses; dem geltenden deutschen Wahrungsgesetz habe, wie der Beklagte selbst nicht in Abrede stelle, die Zahlung in Papiermark entsprochen, und sie habe demnach die Tilgung der Darlehensschuld bewirkt.

Die Revision beschwert sich darüber, daß bei diesen Erwägungen der Inhalt des vom Kläger überreichten Hypothekenbriefs unvollständig und rechtlich unzutreffend gewürdigt sei. Aus diesem ergibt sich folgendes:

Die Hypothek ist nicht neu für die hier in Frage stehende Darlehensschuld eingetragen worden. Sie war vielmehr zunächst bestellt für einen Teil eines von der „W., de W. & Co. Minengesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Luberzucht dem Kläger gegebenen Darlehens. Die der Eintragung zugrunde liegende Schuldburkunde vom 26. August 1911 ist ausgestellt in Luberzucht von einem Generalbevollmächtigten des Klägers; als Wohnsitz des letzteren ist im Hypothekenbriefe gleichfalls Luberzucht angegeben. Danach wohnten sowohl die Gläubigerin wie der Grundstückseigentümer zu jener Zeit in Luberzucht, wo auch das verpfändete Grundstück liegt. Der im angefochtenen Urteil eingenommene Rechtsstandpunkt, daß mangels entgegenstehender Anhaltspunkte als Erfüllungsort der Wohnsitz des Schuldners bei der Begründung des Schuldverhältnisses anzusehen ist

(§ 269 BGB.), würde sonach dahin führen, daß für die der Hypothek ursprünglich zugrunde liegende Forderung Luberitzbucht der Erfüllungsort war. Daran ist auch dadurch nichts geändert worden, daß nach der vom Kläger ausgestellten Abtretungsurkunde vom 7. Januar 1913 die Hypothek damals bezahlt und zur Eigentümergrundschuld geworden war; denn nach § 1177 Abs. 1 Satz 2 BGB. (bieser, nicht der von der Revision angezogene § 1194 BGB. enthält die für solche Fälle maßgebende Vorschrift; vgl. RGRKomm. Anm. 4 zu § 1177, Anm. 1 zu § 1194 BGB.) sind in Ansehung des Zahlungsortes die für die Forderung der ersten Gläubigerin getroffenen Bestimmungen maßgebend geblieben auch für das in eine Eigentümergrundschuld umgewandelte Recht. Des weiteren ist in der Urkunde vom 7. Januar 1913 zwar die Umwandlung der Grundschuld in eine Hypothek zugunsten des Beklagten erklärt, Bestimmungen über den Zahlungsort oder über den Zinssatz, der bisher mit 8 v. H. im Grundbuch eingetragen war, sind aber nicht darin getroffen; ebensowenig ist etwas davon gesagt, daß die Währung, in der die Schuld zu tilgen war, anders geregelt werden sollte. Ob etwa kraft Gesetzes der alte Zahlungsort weiter galt, oder ob der Zahlungsort (der auch im Jahre 1911 nicht ausdrücklich bestimmt, auch nicht im Grundbuch eingetragen, sondern nur aus den Umständen zu entnehmen war) nunmehr lediglich nach dem neuen Schulverhaltnis sich bestimmte (bazu Mot. z. BGB. Bd. 3 S. 795; Planck 4. Aufl. Anm. 3b zu § 1198 BGB.; RGRKomm. Anm. 1 a. E. zu § 1198 BGB.), kann hier dahinstehen, da in erster Linie maßgebend sein muß, was die Parteien bei der Begründung des neuen Schulverhaltnisses beabsichtigt haben. Es bedarf aber auch keiner Stellungnahme zu den Ausführungen des Kammergerichts über den damals von den Parteien in Aussicht genommenen Erfüllungsort. Denn das Berufungsurteil muß in jedem Falle der Aufhebung verfallen, mag nun Luberitzbucht oder Berlin als Erfüllungsort zu gelten haben:

im ersteren Falle, weil nach dem im früheren Schutzgebiete Südwestafrika in Geltung gewesenen Rechte, wenigstens nach den Gesetzen und Reichskanzlerverordnungen, Papiergeld kein gesetzliches Zahlungsmittel darstellte, der Beklagte also zu dessen Annahme nicht verpflichtet wäre,

im zweiten Falle, weil das Kammergericht ohne weiteres davon ausgegangen ist, daß nach deutschem Rechte der Kläger trotz der inzwischen eingetretenen Entwertung des Papiergeldes befugt sei, den Beklagten mit solchem zum Nennbetrag der Darlehensforderung rechtswirksam zu befriedigen.

In einzelnen ist dabei von folgendem auszugehen:

A. Falls Luberikbuchst Erfüllungsort war:

Wie bereits in ROZ. Bd. 84 S. 259 (vgl. auch Bd. 77 S. 262 für die früheren Konsulargerichtsbarkeitsbezirke und § 26 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit) ausgesprochen, ist es anerkanntem Rechts, daß die deutschen Schutzgebiete, die zum Reichsgebiete im Sinne des Art. 1 der Reichsverfassung vom 16. April 1871 nicht gehörten, im staatsrechtlichen Sinne nicht ohne weiteres dem eigentlichen Reichsgebiete gleichzustellen waren. Es mußte vielmehr von Fall zu Fall, je nach Grund und Zweck des in Betracht kommenden Rechtsgebietes, entschieden werden, ob sie als Inland oder Ausland anzusehen waren. Daß sie in Ansehung des Geldwesens nicht als Inland galten, folgt schon daraus, daß dieses für sie besonders geregelt war, insbesondere für Südwestafrika durch die nach der Bekanntmachung vom 15. November 1905 (Deutsches Kolonialblatt 1906 S. 31) für dieses am 1. Januar 1906 in Kraft getretene Verordnung des Reichskanzlers, betr. das Geldwesen der Schutzgebiete außer Deutsch Ostafrika und Kiautschou, vom 1. Februar 1905 (Deutsches Kolonialblatt 1905 S. 103). An der Rechtsgültigkeit dieser Verordnung kann ein begründeter Zweifel nicht obwalten. Sie ist ergangen auf Grund des § 15 des Schutzgebietsgesetzes, nach dessen Abs. 1 der Reichskanzler die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Anordnungen zu erlassen hatte. Solche Anordnungen mußten als Ausführungsbestimmungen sich innerhalb der Grenzen, zum mindesten innerhalb der Zweckbestimmung des Schutzgebietsgesetzes halten; diese Grenzen waren aber bei der Lückenhaftigkeit und dem skizzenartigen Charakter dieses Gesetzes nicht zu eng zu ziehen; ebenso war der Abs. 1 a. a. O. nicht bloß auf Verwaltungsanordnungen, sondern auch auf Rechtsverordnungen zu beziehen (Gerstmeier, Schutzgebietsgesetz Anm. 2 zu § 15). Daß nun die Regelung des Geldwesens, ohne welche ein geordnetes Wirtschaftsleben kaum durchführbar war, zur Ausübung der Schutzgewalt (§ 1 das.) erforderlich war, kann nicht zweifelhaft sein. Der Rechtsgültigkeit der Verordnung steht auch § 3 des Gesetzes nicht entgegen, nach welchem in den Schutzgebieten die in § 19 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit bezeichneten Vorschriften der Reichsgesetze und preussischen Gesetze galten. Allerdings galten nach diesem § 19 in den Schutzgebieten u. a. die dem bürgerlichen Rechte angehörenden Vorschriften der Reichsgesetze. Richtig ist, daß dadurch nicht die in Betracht kommenden Reichsgesetze als Ganzes eingeführt sind, sondern nur ihre unter § 19 fallenden einzelnen Bestimmungen, so daß es auf die Eigenart der einzelnen Gesetzesbestimmung ankommt, nicht darauf, ob das Gesetz, als Ganzes genommen, privatrechtlichen oder öffentlichrechtlichen Charakter hat (Gerstmeier, Anm. 2 zu § 19 des Gesetzes über Konsulargerichtsbarkeit; Höpfner, Schutzgebietsgesetz

§. 26; Vormerk, Reichsgesetz über die Konsulargerichtsbarkeit Anm. 3 zu § 19; Ebler von Hoffmann, Deutsches Kolonialrecht S. 107; derselbe: „Einführung in das deutsche Kolonialrecht“ S. 178, 179). Die Frage, ob die Währungsvorschriften dem öffentlichen oder dem bürgerlichen Recht angehören, ist unbedenklich im ersteren Sinne zu beantworten. Dem bürgerlichen Rechte gehören grundsätzlich diejenigen Rechtsvorschriften an, welche die den Personen als Privatpersonen zukommende rechtliche Stellung und die Verhältnisse, in denen die Personen als Privatpersonen untereinander stehen, zu regeln bestimmt sind (Mot. zu BGB. Bd. 1 S. 1; Meyer-Anschütz, Deutsches Staatsrecht 7. Aufl. S. 59). Dem öffentlichen Rechte gehören dagegen namentlich die staats- und verwaltungsrechtlichen Bestimmungen an, d. h. das Recht, das den Staat als Ganzes und die einzelnen Menschen und Personenverbände als Staatsglieder betrifft (Gierke, Deutsches Privatrecht Bd. 1 § 4 Nr. I). Zu den letzteren gehören auch die Vorschriften über die gesetzliche Währung, durch welche den einzelnen Staatsgliedern von der Staatsgewalt anbefohlen wird, welche Zahlungsmittel anzunehmen sie verpflichtet sind. Mittelbar werden dadurch gewiß auch die rechtlichen Beziehungen der einzelnen Staatsangehörigen untereinander betroffen, so die Art, wie sie ihre Verpflichtungen im Verhältnis zueinander zu regeln haben (vgl. u. a. § 244 BGB.). Gegeben werden aber die Währungsvorschriften als Gebote an die Staatsglieder im allgemeinen staatlichen Interesse zur Regelung und Aufrechterhaltung einer gesunden Volkswirtschaft. Damit stimmt es überein, daß in Art. 4 der Reichsverfassung vom 16. April 1871 bei der Bestimmung der Aufsichts- und Gesetzgebungsbefugnisse des Reichs die Ordnung des Münzwesens und die Festsetzung der Grundsätze über die Ausgabe von Papiergeld besonders unter Nr. 3 aufgeführt war, also getrennt von dem unter Nr. 13 behandelten Obligationen-, Handels- und Wechselrecht, später dem gesamten bürgerlichen Rechte; ebenso in der jetzigen Reichsverfassung einerseits Art. 6 Nr. 5 (Münzwesen) und Art. 7 Nr. 14 (Ausgabe von Papiergeld), andererseits Art. 7 Nr. 1 (bürgerliches Recht). Demgemäß wird bei Meyer-Anschütz S. 826 die Regelung des Geld- und Münzwesens zu den auf die wirtschaftlichen Verhältnisse gerichteten Verwaltungsaufgaben gezählt.

Nach § 1 der Reichskanzlerverordnung vom 1. Februar 1905 galt nun zwar in den Schutzgebieten die Reichsmarkrechnung, nicht aber allgemein auch die Reichswährung (vgl. die Denkschrift über das Gelbwesen in den Schutzgebieten, außer Deutsch-Ostafrika und Kiautschou, vom 28. Februar 1905, Druckf. des Reichstags XI. Legislaturp. I. Sess. 1903/05 Nr. 665). Gesetzliches Zahlungsmittel waren nach § 2 die sämtlichen Münzen, die auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmungen im Reichsgebiete gesetzliches Zahlungsmittel waren, mit gewissen Einzelbestimmungen

hinsichtlich der Silber-, Nickel- und Kupfermünzen. Als solche Münzen sind in der Anmerkung zu § 2 noch ausdrücklich nur die Gold-, Silber-, Nickel- und Kupfermünzen aufgeführt. Nach § 6 waren dagegen Reichskassenscheine bei allen amtlichen Kassen zu ihrem Nennwert in Zahlung zu nehmen; im Privatverkehr fand indessen ein Zwang zu ihrer Annahme nicht statt; und hinsichtlich der Reichsbanknoten ist im § 7 bestimmt, daß die amtlichen Kassen ermächtigt waren, sie in Zahlung zu nehmen. Hiernach waren Reichskassenscheine und Reichsbanknoten kein gesetzliches Zahlungsmittel im Schutzgebiete; für beide fand ein Annahmewang im Privatverkehr nicht statt. Diese Regelung stand in Übereinstimmung mit den damaligen reichsgesetzlichen Vorschriften (vgl. die angeführte Denkschrift, ferner § 5 des Ges. betr. die Ausgabe von Reichskassenscheinen vom 30. April 1874, § 2 des Bankges. vom 14. März 1875). Aber sie war doch für die Schutzgebiete besonders getroffen; nicht waren für diese die jeweils im Reichsgebiete hinsichtlich der Kassenscheine und Banknoten geltenden Vorschriften für anwendbar erklärt. Daraus folgt, daß die Änderung des Bankgesetzes durch das Reichsges. vom 1. Juni 1909 (RGBl. S. 515), wonach u. a. die Noten der Reichsbank gesetzliches Zahlungsmittel wurden, nicht zugleich eine Abänderung der für die Schutzgebiete besonders gegebenen Vorschriften herbeiführte. Denn die Reichsgesetze galten, soweit nicht aus besonderen Bestimmungen oder allgemein aus dem (wie oben erörtert, für das Geldwesen nicht einschlagenden) § 19 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit in Verbindung mit § 3 des Schutzgebietengesetzes sich ein anderes ergab, nur für das eigentliche Reichsgebiet im Sinne des Art. 1 der früheren Reichsverfassung; für die ehemaligen Schutzgebiete waren sie nur maßgebend, soweit sie dort eingeführt oder für sie miterlassen waren oder nach Grund und Zweck des einzelnen Gesetzes das Schutzgebiet als zum Inland gehörig anzusehen war, was hier, wie oben gleichfalls dargelegt, zu verneinen ist. Inwieweit das Reichsmünzgesetz vom 1. Juni 1909 (RGBl. S. 507) und die dortigen Bestimmungen über das Ausprägen von Reichsmünzen auch für die Schutzgebiete von Bedeutung waren, bedarf hier keiner Prüfung, da für den vorliegenden Rechtsstreit nur in Frage kommt, inwieweit Zahlung in Papiergeld erfolgen darf.

Nun hat der Kläger behauptet, die Reichskassenscheine und Reichsbanknoten seien im früheren Schutzgebiete kraft Wohnheitsrechts zu gesetzlichen Zahlungsmitteln geworden. Die Bildung eines solchen Wohnheitsrechts mag rechtlich zulässig sein (RGKRomm. Anm. 2 vor § 1 BGB.). Ob es in Wirklichkeit sich gebildet hat, kann nur durch tatsächliche Erörterungen festgestellt werden, die vom Reichsgericht nicht veranaltet werden können, vom Kammergericht bisher nicht vorgenommen sind. Immerhin mag es zweifelhaft sein, ob das, was der

Kläger in dieser Hinsicht angeführt hat, für die Annahme des Zustande-kommens solchen Gewohnheitsrechts ausreichen kann. Inwieweit vor dem Inkrafttreten der RRVO. vom 1. Februar 1905 deutsche Kassenscheine oder Banknoten in Südwestafrika in Zahlung genommen wurden, kann hier dahinstehen. Denn mit deren Inkrafttreten waren sie jedenfalls kraft maßgebenden Verwaltungsaktes nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel zugelassen. Wenn Edler von Hoffmann, Einführung in das deutsche Kolonialrecht S. 130, mitteilt, daß in den Schutzgebieten auch Banknoten als gesetzliches Zahlungsmittel vorkamen, so erläutert er dies doch sogleich dahin, daß nach § 7 der Verordnung alle amtlichen Kassen ermächtigt waren, die von der Reichsbank ausgegebenen Noten in Zahlung zu nehmen, sowie daß für Kautschou und Deutsch-Ostafrika besondere KonzeSSIONen zur Ausgabe von Banknoten erteilt waren. Daraus ist also nichts für die Annahme zu folgern, daß solche auch in Südwestafrika für Private gesetzlich oder gewohnheitsrechtlich anerkannte Zahlungsmittel gewesen seien. Es mag zutreffen, daß sie auch in Südwestafrika vielfach von Privatleuten in Zahlung genommen und daß die Beamten der Reichskolonialverwaltung mit ihnen bezahlt wurden. Eine Entgegennahme solcher Zahlungen kann im Anschluß an die Gewohnheiten der Heimat oder wegen Mangels an genügendem Hartgeld im Schutzgebiet, aus Entgegenkommen oder wegen der Bequemlichkeit, größere Beträge in Papiergeld aufzubewahren oder mit sich zu führen, geschehen sein; daraus ergibt sich aber nicht zwingend der Schluß, daß sie kraft allgemeiner Rechtsüberzeugung, in dem zur Währung eines Gewohnheitsrechts erforderlichen Bewußtsein der rechtlichen Notwendigkeit der Annahme (Warn. 1912 Nr. 23) geschah. Daß die Reichskolonialverwaltung, wie der Kläger behauptet, der Auffassung gewesen ist, in Südwestafrika sei deutsches Papiergeld gesetzliches Zahlungsmittel gewesen, kann gegenüber der aus den gesetzlichen Bestimmungen sich ergebenden Rechtslage nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein, und auch nicht ohne weiteres die Annahme eines dahingehenden Gewohnheitsrechts begründen.

An dieser Rechtslage ist für Südwestafrika ferner nichts geändert durch das Ges. betr. Änderung des Munzgesetzes vom 4. August 1914 (RGBl. S. 326), das Ges. betr. Reichskassenscheine und Banknoten vom gleichen Tage (RGBl. S. 347) oder die RRVO. vom 28. September 1914 (RGBl. S. 417). Die dort gegebene Befugnis, an Stelle von Goldmünzen Reichskassenscheine oder Reichsbanknoten als gesetzliches Zahlungsmittel zu geben, ist für das Schutzgebiet nicht erlassen, konnte dort auch infolge der Absperrung des Gebiets von Deutschland nicht eingeführt werden. Ob die Behauptung des Klägers zutrifft, daß der Gouverneur von Südwestafrika nach dem Kriegsausbruch in Aus-

Übung der Schutzwalt die Reichsbanknoten und Reichskassenscheine als gesetzliches Zahlungsmittel „anerkannt“ und selbst Schuldverschreibungen der Regierung ausgegeben habe, die von der „Bevölkerung“ stets als gesetzliches Zahlungsmittel „anerkannt“ und erst später von den Engländern „beiseite geschoben“ worden seien, ist vom Kammergericht bisher nicht festgestellt. Der Kläger hat indessen selbst nicht angegeben, daß der Gouverneur das deutsche Papiergeld oder die sogenannten Seigscheine durch eine dahingehende Anordnung, etwa in Anwendung von § 15 des Schutzgebietsgesetzes, zu gesetzlichen Zahlungsmitteln erklärt hätte. Wenn sie also selbst unter dem Druck der Verhältnisse, nach Art des in Deutschland vielfach üblich gewordenen Notgelds, als Zahlungsmittel tatsächlich gebient haben, so wäre daraus allein ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel nicht herzuleiten. Auch könnte bei der kurzen Zeit bis zur Besetzung des Schutzgebiets durch den Feind von der Bildung eines dahingehenden Gewohnheitsrechts schwerlich die Rede sein. Im übrigen käme noch in Frage, ob sie ihre etwaige Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel nicht durch Anordnung der Protektionsregierung von Südwestafrika, namentlich die Wahrungsproklamation des englischen Administrators vom 15. Dezember 1920, wieder verloren haben, nach welcher Besatzungs-schulden nach dem Verhältnis von 20 \mathcal{M} = 1 Pfund Sterling zahlbar sein sollen, gegebenenfalls weiter, ob nicht auch nach sudwestafrikanischem Rechte eine Aufwertung von Hypothekenforderungen zulässig oder geboten wäre.

B. Falls Berlin Erfüllungsort war:

In diesem Falle, wenn also lediglich das im eigentlichen Reichsgebiete geltende Recht der Entscheidung zugrunde zu legen ist, war eine Stellungnahme zu der Frage geboten, ob nach diesem Rechte der Beklagte als Hypothekengläubiger mit Rücksicht auf die starke Entwertung des deutschen Papiergeldes eine Aufwertung seiner hypothekarisch gesicherten Forderung beanspruchen kann.

Mit ausdrücklichen Worten hatte der Beklagte im vorliegenden Falle in den Vorinstanzen die Frage der Hypothekenaufwertung allerdings nicht zur Entscheidung gestellt. Aber er hatte doch schon in der Klagebeantwortung darauf hingewiesen, es könne ihm nicht zugemutet werden, die Zahlung in minderwertigem deutschem Papiergelde anzunehmen, da er dadurch auf einen erheblichen Teil des Wertes seiner Forderung verzichten müsste. Weiter hatte er ausgeführt: es wäre der reine Hohn, wenn die Eigentümer sudwestafrikanischer Grundstücke berechtigt wären, ihre Hypothekengläubiger in fast wertlos gewordener deutscher Papiermark abzufinden, und sich den aus der Umgestaltung der politischen Verhältnisse entstandenen Wertzuwachs allein zuführen wollten. Damit hatte er seinen Standpunkt hinreichend

deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er sich nach dem geltenden Rechte für befugt erachtete, bei Zahlung in Papiergeld die Entritung eines entsprechend höheren Betrags, als den Nennwert der Forderung, zu beanspruchen. Daraus entsprang die Verpflichtung des Gerichts, dieses Verlangen des Beklagten nach allen in Betracht kommenden rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen.

Aus der rein negativen Bemerkung des Kammergerichts am Ende seiner Urteilsgründe: der Beklagte selbst stelle nicht in Abrede, daß die Zahlung in Papiermark dem geltenden deutschen Munzgesetz entsprochen habe, ist nichts gegenteiliges zu entnehmen. Dem Wortlaute nach bezog sich diese Erklärung des Beklagten nur auf das deutsche Munzgesetz, also die Frage der Währung, nicht auf die Frage der Hypothekenaufwertung; mit diesem Vermerk ist also keinesfalls bestimmt zum Ausdruck gebracht, daß der Beklagte den Gesichtspunkt der Hypothekenaufwertung, der nach dem oben Ausgeführten ebenfalls zu prüfen war, von der gerichtlichen Entscheidung hätte ausnehmen, auf eine Prüfung nach dieser Richtung hätte verzichten wollen.

Es kann auch nicht angenommen werden, daß die Geldentwertung bei der Fälligkeit der Hypothek (am 1. April 1920) so gering gewesen wäre, daß die rechtliche Möglichkeit einer Aufwertung der Hypothekensforderung von vornherein ausscheiden müsste. Denn schon damals hatte der Lebenshaltungsinde sich auf rund 10 erhöht; die Goldmark ist (bei einem Stande des Dollar für den April 1920 von etwa 60 *M* — im Februar und März 1920 hatte er noch höher gestanden — und des Pfund Sterling von 270 *M*) für April 1920 auf rund 15 *M* berechnet. Die Kaufkraft des Papiergeldes war also am 1. April 1920 bereits in erheblichem Maße verringert. Immerhin wird es zunächst Sache des Berufungsgerichts sein, darüber zu entscheiden, ob die tatsächlichen Voraussetzungen für eine Aufwertung der Hypothekensforderung (über die weiter unten noch näher zu sprechen ist) zu jener Zeit vorlagen. Dabei wird es Gelegenheit haben, eine Unklarheit in seinem Tatbestande zu beheben, die die Revision nicht ohne Grund rügt. Dort ist nämlich als unstreitig mugeteilt, daß das in Rebe stehende Darlehen am 1. April 1920 „zurückgezahlt“ sei; das stimmt nicht überein mit der Behauptung der — im selben Tatbestande in Bezug genommenen — Klagebeantwortung, der Kläger habe eine solche Rückzahlung in Papiergeld zwar versucht, der Beklagte die Annahme dieser Zahlung aber zurückgewiesen, und auch nicht mit dem Tatbestand eines früheren kammergerichtlichen Urteils, nach welchem die Verweigerung der Annahme unbestritten war.

Sollte das Berufungsgericht dabei zu dem Ergebnis gelangen, daß die tatsächlichen Voraussetzungen einer Aufwertung der Forderung im Frühjahr 1920 nach Lage der Verhältnisse noch nicht gegeben

waren, und daß der Beklagte durch die Weigerung der Annahme des ihm angebotenen Papiergeldbetrags in Annahmeverzug geraten war, so wird es weiter zu untersuchen haben, ob der Beklagte dadurch schlechthin das Recht verloren hat, mit Rückficht auf die später eingetretene, überaus große Entwertung der deutschen Währung die Aufwertung seiner Forderung zu verlangen (vgl. zu dieser Frage ROZ. Bd. 106 S. 422).

Die rechtliche Möglichkeit einer Aufwertung von Hypothekensforderungen ist nach dem geltenden deutschen Rechte, insbesondere nach § 242 BGB. anzuerkennen. Es kommt dafür gerade bei Hypothekensforderungen in Betracht, daß der Schuldner regelmäßig in dem — wenigstens, wenn man die Berechnung in Papiergeld zugrunde legt — erheblich gestiegenen Werte des Grundstücks einen entsprechenden Ausgleich erhalten hat. Ob eine solche Wertsteigerung auch bei dem hier in Rede stehenden, in uberfluss belegenem Grundstück eingetreten ist, wird gegebenenfalls vom Kammergericht festzustellen sein.

Unerheblich ist es, ob — wie der Kläger hervorhebt — die Zulässigkeit einer Hypothekenaufwertung bereits im Jahre 1920 in der Rechtsmiffenschaft erkannt war oder ob diese Erkenntnis erst später, unter dem Einfluß der immer mehr gesteigerten Geldentwertung, sich durchgesetzt hat. Unrichtige Rechtsauffassungen des Jahres 1920 können jetzt nicht mehr ausschlaggebend sein.

Nach § 242 BGB. ist zu berücksichtigen, was Treu und Glauben mit Rückficht auf die Verkehrsflite im einzelnen Falle erfordern. Diese erfordern billige Rücksichtnahme auf die Interessen beider Teile. Daraus folgt, daß nicht schlechthin der Grundsatz aufgestellt werden kann, daß allgemein jede Hypothekensforderung ohne weiteres aufgewertet werden müsse, oder daß bei allen die Aufwertung in gleichem Maße, etwa gar im Wertverhältnis der Papiermark zur Goldmark, stattzufinden habe. Es werden vielmehr neben dem — bei Zugrundelegung der Papiermarkrechnung — gestiegenen Werte des Grundstücks, der hauptsächlich von Bedeutung sein wird, auch die anderen Umstände des Falles in Betracht kommen müssen, z. B. je nach der Sachlage die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Schuldners, ferner der Umstand, ob es sich um landwirtschaftliche, industrielle oder städtische Grundstücke handelt; ebenso werden die Lasten, namentlich öffentlicher Art, die dem Grundbesitz auferlegt sind, bei Mietgrundstucken auch die Verminderung ihres Ertrages durch die zum Schutz der Mieter ergangenen Bestimmungen, Berücksichtigung verdienen.

Die Bestimmungen des deutschen Wahrungsrechts stehen der Zulässigkeit der Aufwertung nicht entgegen. Zwar sind nach dem Ges. über die Abänderung des Bankges. vom 1. Juni 1909 (ROBl. S. 515) die Noten der Reichsbank gesetzliches Zahlungsmittel. Das gleiche

gilt bis auf weiteres für die Reichskassenscheine nach dem Ges. vom 4. August 1914 (RGBl. S. 347). Durch § 2 dieses Gesetzes ist ferner bis auf weiteres die Pflicht der Reichsbank zur Einlösung ihrer Noten aufgehoben; vgl. ferner das Ges. vom gleichen Tage im RGBl. S. 326 und die BRVD vom 28. September 1914 (RGBl. S. 417). Aber alle diese Bestimmungen beruhen auf der zur Zeit ihres Erlasses bei dem gesunden Zustande der deutschen Volkswirtschaft durchaus begründeten Auffassung, daß die Banknoten und die Kassenscheine an Wert dem Metallgelde gleichstanden. Noch die Bd. vom 28. September 1914 ist damit begründet, daß der Verkehr die Vollwertigkeit der Noten unbeschränkt anerkenne und daß die vorübergehende Auerkraftsetzung der Goldklausel den Gläubiger in keiner Weise benachteilige (Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges; Druckf. des Reichstages, 13. Legislaturp., II. Sess., Nr. 26 S. 7). An eine wesentliche Entwertung des Papiergeldes, noch dazu an eine derart hohe, wie sie nach dem unglücklichen Ausgange des Weltkriegs und nach dem Umsturz immer mehr und mehr Wirklichkeit geworden ist, hat also der Gesetzgeber beim Erlass jener Vorschriften nicht gedacht. Nach dem Eintritte des Verfalls der Papiermark entstand nunmehr ein Widerstreit zwischen diesen Währungsvorschriften einerseits, auf der anderen Seite denjenigen sonstigen Gesetzesbestimmungen, die verhüten wollen, daß der Schuldner in der Lage sei, sich seiner Verbindlichkeiten in einer Weise zu entledigen, die mit den Anforderungen von Treu und Glauben und mit der Verkehrssitte nicht vereinbar ist, also namentlich mit der das Rechtsleben beherrschenden Vorschrift des § 242 BGB. Bei diesem Widerstreit muß die letztere Vorschrift den Vorrang haben und müssen die Währungsvorschriften zurutreten, weil, wie dargetan, bei ihrem Erlass die Möglichkeit eines derartigen Wahrungsverfalls, in Folge dessen die aus den Wahrungsbestimmungen sich ergebenden Folgerungen mit den Grundfazen von Treu und Glauben und mit der Billigkeit nicht mehr vereinbar sind, nicht in Betracht gezogen waren, ein starres Festhalten an ihnen für diesen Fall also nicht vorgesehen war. Tatsächlich hat denn auch die Reichsgesetzgebung in der letzten Zeit immer mehr und mehr gezeigt, daß sie den Grundsatz „Mark = Mark“ nicht ohne Einschränkung aufrecht erhalte, weil eben gegenüber den Anforderungen des Wirtschaftslebens und dem Einfluß der Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse an den Wahrungsgesetzen nicht mehr festgehalten werden kann, soweit sie die Papiermark der Goldmark gleichstellen. So bilbet nach § 16 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juni 1923 (RGBl. Teil I S. 494) zur Feststellung des steuerbaren Wertzuwachses im Falle des Überganges von Grundstückseigentum bei dem Erwerbs- und dem Verkaufspreis die innere Kaufkraft der Mark an den beiden Zeitpunkten

die Grundlage der Wertbemessung. Nach § 1 des Ges. über die anderweitige Festsetzung von Geldbezügen aus Altenteilsverträgen vom 18. August 1923 (RGBl. Teil I S. 815) können die obersten Landesbehörden bestimmen, daß solche Geldleistungen (ebenso die Versorgungsansprüche, welche einzelnen Familiengliedern gegenüber den Inhabern von bisherigen Stammgütern und Familienruhekommissen zutehen) entsprechend den veränderten Verhältnissen anderweit festgesetzt werden, soweit dies der Billigkeit entspricht; in § 4 dajelbst ist auch die Erweiterung eines dinglichen Rechtes für solche Geldleistungen zugelassen, dabei im Abs. 2 die Erhöhung infolge der allgemeinen Geldentwertung berücksichtigt und in Abs. 3 eine Eintragung der Erweiterung an der nächstbereiten Stelle im Grundbuche vorgesehen. Die WD. des Reichspräsidenten über Steueraufwertung usw. vom 11. und 18. Oktober 1923 (RGBl. Teil I S. 939 und 979; vgl. auch die Durchführungsbestimmungen das. S. 951, S. 1032, S. 1089, S. 1098) schreibt in § 2 vor, daß bei gewissen Steuern die Zahlung auch dann nach dem Goldwert zu leisten ist, wenn die Steuer selbst nicht in Gold berechnet wird, und läßt in § 10 für Nachforderungen von Steuern, bei denen die Schuld vor dem 1. September 1923 entstanden ist, eine Aufwertung des Steuerbetrags unter Berücksichtigung der seit der Entstehung der Steuerschuld eingetretenen Geldentwertung zu. Nach Art. IV des Ges. über Vermögensstrafen und Bußen vom 13. Oktober 1923 (RGBl. Teil I S. 943) ändert sich, falls nach der Verurteilung zu einer in einem bestimmten Geldbetrag ausgedrückten Vermögensstrafe oder nach der Festsetzung einer an den Verletzten zu zahlenden Buße eine Veränderung des Geldwertes eintritt, der zu zahlende Betrag in dem gleichen Verhältnis, in dem sich die vom Statistischen Reichsamt veröffentlichte Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten seit dem Erlaß der Entscheidung ändert, welche die Vermögensstrafe oder Buße festgesetzt hat. Ähnlich treten nach der Vierten WD. zur Erhöhung der Gerichtskosten vom 30. Oktober 1923 (RGBl. Teil I S. 1040, vgl. auch die entsprechende WD. über die Gebühren der Gerichtsvollzieher das. S. 1042, und die 3. WD. zur Entlastung der Gerichte vom gleichen Tage, das. S. 1041) an die Stelle der im Gerichtskostengefeße ziffermäßig bestimmten Gebührensätze und Wertgrenzen die Beträge, die sich durch Vervielfältigung der (näher bestimmten) Grundzahlen mit der jeweiligen Teuerungszahl ergeben. Die große Zahl dieser Anpassungsvorschriften (deren Ausführung unsicher noch erweitert werden könnte; vgl. § 2 der WD. über die Berechnung des Preises bei der Lieferung von elektrischer Arbeit usw. vom 24. Oktober 1923, RGBl. Teil I S. 997; § 1b des Tabaksteuerges. in der Fassung vom 30. Oktober 1923, RGBl. Teil I S. 1045 u. a. m.), zeigt deutlich, daß sie nicht für besondere Verhältnisse besondere, vom allgemeinen

Recht abweichende Anordnungen hat treffen wollen, aus denen sich ein Rückschluß darauf ergeben könnte, daß in anderen Fällen eine Aufwertung nicht zulässig sei; sie lassen vielmehr klar erkennen, daß der Gesetzgeber den Grundsatz, daß die Papiermark mit befreiender Wirkung zu ihrem Nennwert in Zahlung gegeben werden dürfe, durchbrochen hat, weil er ihn den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen gegenüber aufgeben mußte.

In gleicher Richtung hat sich die Rechtsprechung des Reichsgerichts in immer steigendem Maße bewegt. So ist im Urteil RGZ. Bb. 104 S. 394 hinsichtlich der Ruckgahr von Pachtinventar ausgesprochen, daß die Goldmark, die der früheren Schätzung zugrunde lag, und die Papiermark, in der jetzt die Ausgleichung erfolgen muß, trotz ihrer gesetzlichen Gleichstellung wirtschaftlich nicht vergleichbar sind. Ähnlich ist für Ansprüche aus Unterhalts- und Miteigentumsvertragen mehrfach entschieden, daß, falls der Stand des Geldwerts sich nachträglich derart geändert hat, daß es dem Berechtigten auch nicht annähernd mehr möglich ist, aus der ziffermäßig festgesetzten Rentensumme sich das bestimmte Maß des zum Lebensunterhalt Notwendigen zu verschaffen, durch Zahlung einer summenmäßig gleichbleibenden Rente nicht mehr das geleistet wird, was die Vertragsschließenden gewollt haben, und daher der Berechtigte grundsätzlich einen Anspruch darauf hat, daß die vereinbarte Rente der verminderten Kaufkraft des Geldes entsprechend erhöhet wird (Warn. 1921 Nr. 99, 1923 Nr. 3 und Nr. 36; Urteile des jetzt erkennenden Senats vom 22. September 1923 V 427/23 und vom 3. Oktober 1923 V 865/22¹). In RGZ. Bb. 106 S. 7 ist für langfristige Grundstückskaufverträge anerkannt, daß eine infolge der Geldentwertung eingetretene erhebliche Verschiebung des Wertverhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung den Einwand der veränderten Umstände rechtfertigen kann, weil infolge des Sturzes der Mark die Geldleistungen wirtschaftlich nur noch einen geringen Bruchteil des Wertes darstellen, der vor Jahren bei ihrer Vereinbarung der Bemessung der Gegenleistung zugrunde gelegt wurde, und weil mit der grundsturzenden Verschlechterung der deutschen Währung die Geschaftgrundlage, auf der die beiderseitigen Leistungen bestimmt worden sind, weggefallen ist (auch Warn. 1923 Nr. 29). Weiter ist im Urteil vom 16. März 1923 VII 156/22 (auszugsweise in JW. 1923 S. 919 wiedergegeben) für den Fall einer vor mehreren Jahren erfolgten Sicherungsübereignung der Standpunkt des Klägers (des ubereignenden), daß er die Aufwendungen des damaligen Beklagten nur zu dem von diesem aufgewendeten Nennbetrage zu erstatten brauche, für un-

¹ Ferner Bb. 106 S. 233. D. E.

gerechtfertigt erklärt mit der Begründung: der Kläger verstoße gegen Treu und Glauben, indem er den Beklagten, der seine Auslagen in vollwertigem Gelde gemacht habe, nunmehr mit einer Summe abfinden wolle, die nur einen kleinen Bruchteil des vom Beklagten aufgewendeten Vermögenswertes darstelle. Auch in der Rechtsprechung der Strafsenate des Reichsgerichts ist wiederholt der Unterschied zwischen Nennwert und Verkehrswert, Papiermark und Goldmark anerkannt worden (RGSt. Bd. 56 S. 309, Bd. 57 S. 35).

Die vorerwähnten Urteile der Zivilsenate des Reichsgerichts behandeln zwar Ansprüche aus gegenseitigen Verträgen, während hier ein Darlehen gegen Hypothekbestellung in Frage steht. Es kann aber nach dem oben Ausgeführten keinen begründeten Bedenken unterliegen, auf Grund des § 242 BGB. die in jenen Entscheidungen anerkannte Zulässigkeit der Aufwertung der Forderung auch bei hypothekarisch gesicherten Darlehensforderungen für gegeben zu erklären. Auch beim Darlehen besteht seinem Wesen nach die Voraussetzung einer Gleichwertigkeit zwischen Leistung und Gegenleistung; auch bei ihm soll die Substanz dem Gläubiger erhalten bleiben. Das tritt deutlich zutage in der Vorschrift des § 607 BGB., nach welcher der Darlehensempfanger verpflichtet ist, dem Darleiher das Empfangene in Sachen von gleicher Art, Güte und Menge zuruzugewahren. Auch bei Darlehensgeldschulden geht also die Verpflichtung des Schuldners (und regelmäßig auch der Vertragswille der Parteien) auf Rückzahlung des Geldes nicht nur in gleicher Menge, sondern weiter in gleicher Güte. Wenn die Beteiligten den zuruzuzahlenden Betrag in der Währung ihres Landes bezeichnen, so tun sie das in dem Vertrauen, daß diese Währung einen innerhalb der Grenzen gewisser normaler Schwankungen festen und beständigen Wertmesser darstellt. In gewissem Umfange wird allerdings der Grundsatz, daß der Empfänger eines Selbstdarlehens das Empfangene in Sachen von gleicher Güte zuruzugewahren habe, durch die Währungsvorschriften durchbrochen. Denn der Gesetzgeber gibt dadurch, daß er den gesetzlichen Zahlungsmitteln einen Zwangskurs verleiht, seinen Willen kund, daß, wenigstens unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen, eine Zahlung mit ihnen als Zahlung in der in § 607 BGB. erforderlichen „Güte“ zu gelten habe. Insoweit trifft es zu, daß der Gläubiger bei der Gewährung von Kredit die Gefahr einer Geldentwertung zu tragen hat. Aber dieser Grundsatz muß aus den schon oben dargelegten Erwägungen zurutreten, falls er infolge einer außerordentlich starken, beim Erlaß der Währungsvorschriften nicht vorausgesehenen Entwertung der gesetzlichen Zahlungsmittel zu Ergebnissen führen würde, die mit § 242 BGB. nicht mehr vereinbar wären. Bei welchem Grade der Geldentwertung sich die Notwendigkeit einer Aufwertung der Forderung des Gläubigers

als dem Gesetz entsprechend herausstellt, wird im einzelnen Falle nach den Grundsagen von Treu und Glauben zu ermessen sein.

Zur Bejahung der Zulässigkeit der Aufwertung gelangt man übrigens auch in wesentlich gleicher Weise auf dem Wege der ergänzenden Auslegung des Vertrags, wenn nämlich vom Gericht geprüft wird, was die Parteien in Gemäßheit des gesamten Vertragszwecks vereinbart haben würden, wenn sie die Möglichkeit einer außergewöhnlich hohen Geldentwertung vorausgesehen, diesen Fall gleichfalls geregelt hätten und dabei dem Gebote von Treu und Glauben gefolgt wären (§ 157 BGB.), und wenn untersucht wird, ob nach diesem Parteiwillen beim Vertragsschluß der Gläubiger Befriedigung nur nach dem Nennwerte des damals festgesetzten Betrags zu beanspruchen haben sollte, ganz gleichgültig welchen wirtschaftlichen Wert das gesetzliche Zahlungsmittel jeweils haben würde, oder ob die Absicht dahin ging, daß bei außerordentlicher Entwertung der Anspruch des Gläubigers sich gegenüber der ziffermaigen Festlegung der Geldsumme im Vertrag in angemessenem Umfang vergrößern sollte. Die Zulässigkeit einer Vereinbarung des letzteren Inhalts ist bereits in RRG. Bd. 100 S. 79 anerkannt. Die Währungsvorschriften sehen keineswegs dem entgegen, daß die Geltung des Zwangskurses vertraglich wegbedungen wird und daß eine solche Wegbedingung stillschweigend erfolgt. Weder aus dem Wortlaute noch aus dem Zwecke der Gesetze vom 1. Juni 1909 oder vom 4. August 1914 kann entnommen werden, daß für Reichsbanknoten oder Reichsskaffinscheine ein Zwangskurs in dem Sinne eingeführt werden sollte, daß damit eine, ausdrückliche oder stillschweigende, abweichende Vereinbarung hinsichtlich der Höhe des vom Schuldner zu leistenden Betrags ausgeschlossen wurde.

Nach alledem muß die rechtliche Zulässigkeit einer Aufwertung hypothekarisch gesicherter Darlehensforderungen mit Rückblick auf die starke Entwertung des deutschen Papiergeldes bejaht werden.

Nur eine solche bildet hier den Gegenstand des Rechtsstreits. Demgemäß bedarf es hier keiner Stellungnahme zu der Frage der Zulässigkeit einer Aufwertung bei anderen als Hypothekensforderungen, insbesondere bei Anleiheforderungen von Privatunternehmungen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts, bei Sparkassenguthaben, Pfandbriefforderungen usw.

Weiter braucht im vorliegenden Urteile nicht entschieden zu werden, welche Folgerungen aus der Aufwertung der Hypothekensforderungen, deren Zulässigkeit nach der schuldrechtlichen Seite anzuerkennen ist, in bezug auf deren dingliche Sicherung sich ergeben; insbesondere kann von einer Erörterung der Frage abgesehen werden, ob dem Hypothekengläubiger für seine aufgewertete Forderung ein unmittelbares dingliches Recht an dem Grundstück, gegebenenfalls ob

ihm ein solches dingliches Recht an derselben Rangstelle, wie für die bereits eingetragene Hypothek, also mit dem Vorrang vor den ihr nachstehenden dinglich Berechtigten zuzubilligen ist, oder ob dem die Bestimmungen des Liegenschaftsrechts, namentlich der Grundsatz der Spezialität, entgegenstehen würde. Ebenjowenig braucht für den vorliegenden Rechtsstreit entschieden zu werden, welche Ansprüche etwa aus dem Gesichtspunkte der ungerechtfertigten Bereicherung hergeleitet werden können, und wie die Rechtslage sich gestaltet, wenn der Eigentümer und der persönliche Schuldner nicht oder nicht mehr dieselbe Person ist.

Im vorliegenden Falle verlangt nicht der Gläubiger Befriedigung aus dem Grundstück für seine aufgewertete Forderung oder dingliche Sicherstellung ihres aufgewerteten Teils; vielmehr klagt der Schuldner, der zugleich der Eigentümer des belasteten Grundstücks ist, gegen den Gläubiger auf Einwilligung in die Löschung der Hypothek und Zurückgabe des Hypothekenbriefs gegen Zahlung des Nennbetrags der Hypothekensforderung in der im Frühjahr 1920 in Deutschland geltenden gesetzlichen Währung. Dieses Klagebegehren ist, wenn — wie vom Berufungsgericht noch zu prüfen ist — auch die tatsächlichen Voraussetzungen einer Aufwertung der Hypothekensforderung gegeben sind, in jedem Falle ungerechtfertigt. Durch den schuldrechtlichen Vertrag der Parteien, der der Umwandlung der Eigentümergrundschuld von 13000 M in eine Hypothek für eine gleich hohe Darlehensforderung des Beklagten zugrunde lag, hatte der Kläger sich seinerzeit verpflichtet, für die ganze Forderung des Beklagten Sicherheit durch eine Hypothek zu gewähren. Wenn diese Forderung sich durch die notwendig werdende Aufwertung ziffermäßig erweitert hat, so ergeben die Gebote von Treu und Glauben die persönliche Verpflichtung des Schuldners, die hypothekarische Belastung seines Grundstücks für diese Forderung fortbestehen zu lassen, so lange, bis der Gläubiger wegen seiner ganzen Forderung befriedigt ist, und es würde mit diesen Geboten nicht vereinbar sein, wenn er die Löschung der Hypothek lediglich gegen Zahlung des Nennbetrags in der eingetragenen Höhe beansprucht. Unter allen Umständen ist aber auch dem Gläubiger das Recht zuzugestehen, wegen seiner aufgewerteten persönlichen Forderung, welche, sofern sie nicht bereits fällig war, durch die Rundigung der Hypothek durch den Schuldner fällig geworden ist und welche aus demselben rechtlichen Verhältnis — aus der Darlehenshingabe und dem ihr zugrunde liegenden Vertrage — hervorgegangen ist, die Löschungsbewilligung und die Herausgabe des Hypothekenbriefs in Ausübung des Zurückbehaltungsrechts gemäß § 273 BGB. zu verweigern. Wichtig ist zwar, daß der Gläubiger wegen anderer Ansprüche gegen den Eigentümer die Aushändigung der in

§ 1144 BGB. bezeichneten Urkunden nicht verfangen darf, weil ein solches Recht den tatsächlichen Erfolg hätte, daß der Gläubiger wegen der anderen Ansprüche ebenfalls durch die Hypothek gesichert wäre (RGRKomm. Anm. 2 a. E. zu § 1144 BGB.); hier steht aber gerade eine Forderung aus dem Darlehen, zu dessen Sicherheit die Hypothek bestellt war, in Frage.